

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
Präambel	Präambel	
<p>Bündnis 90/DIE Grünen Kreisverband Recklinghausen sind Teil des Landesverbandes Nordrhein Westfalen der Partei „Bündnis 90/DIE Grünen“ und dessen Satzung und Programm verpflichtet, insbesondere den Grundpfeilern GRÜNER Politik, die ökologisch, basisdemokratisch, sozial und gewaltfrei ausgerichtet ist.</p> <p>Mitarbeit und Mitsprache von Einzelpersonen, Gruppen und Verbänden im Sinne der Offenheit werden begrüßt. Die deutsche Staatsangehörigkeit ist nicht Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Partei.</p>	<p>Die Grundpfeiler grüner Politik der Bundespartei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN inklusive seiner Präambel gilt auch für den Kreisverband Recklinghausen. Die im Grundkonsens von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vereinbarten Inhalte und Ziele bilden auch für uns die Grundlage unserer politischen Arbeit.</p> <p>Mitarbeit und Mitsprache von Einzelpersonen, Gruppen und Verbänden im Sinne der Offenheit werden begrüßt. Die deutsche Staatsangehörigkeit ist nicht Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Partei.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Korrigierte Schreibweisen - Anpassungen an die Mustersatzung des Landesverbandes
§1 Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet	§1 Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet	
<p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Recklinghausen ist ein Kreisverband der Bundespartei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, des Landesverbandes BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Nordrhein-Westfalen. Die Kurzbezeichnung lautet GRÜNE KV Recklinghausen. Sein Tätigkeitsbereich erstreckt sich auf den Kreis Recklinghausen. Er hat seinen Sitz im Kreis Recklinghausen.</p>	<p>(1) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Recklinghausen ist ein Kreisverband der Bundespartei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Nordrhein-Westfalen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Korrigierte Schreibweisen - Aufteilung in Absätze zur einfacheren Lesbarkeit - Keine Inhaltlichen Veränderungen
	<p>(2) Der Kreisverband hat seinen Sitz im Kreis Recklinghausen, sein Tätigkeitsbereich erstreckt sich auf den Kreis Recklinghausen.</p>	
§2 Mitgliedschaft	§2 Mitgliedschaft	
<p>(1) Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im KV Recklinghausen kann werden, wer im Kreis Recklinghausen seinen Wohnsitz hat, keiner anderen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland tätigen konkurrierenden Partei angehört und die Grundsätze und</p>	<p>(1) Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im KV Recklinghausen kann werden, wer im Kreis Recklinghausen seinen Wohnsitz hat, keiner anderen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland tätigen konkurrierenden Partei angehört und die Grundsätze und</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Ergänzung von „sonstigen extremistischen Organisationen, die der freiheitlich-demokratischen Grundordnung widersprechen“ in

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
<p>Programme der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anerkennt. Die deutsche Staatsangehörigkeit ist nicht Voraussetzung für die Mitgliedschaft. Die Mitgliedschaft oder Mitarbeit in (neo-)faschistischen Organisationen ist mit einer Mitgliedschaft in BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht vereinbar.</p>	<p>Programme der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anerkennt. Die deutsche Staatsangehörigkeit ist nicht Voraussetzung für die Mitgliedschaft. Die Mitgliedschaft oder Mitarbeit in (neo-)faschistischen Organisationen oder sonstigen extremistischen Organisationen, die der freiheitlich-demokratischen Grundordnung widersprechen, ist mit einer Mitgliedschaft in BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht vereinbar.</p>	<p>der Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft</p>
<p>(2) Über die Aufnahme entscheidet der jeweils örtlich zuständige Ortsverband, ersatzweise der Kreisverband, in diesem Fall muss ein Beschluss auf einer Sitzung des Kreisvorstandes über die Aufnahme gefasst werden. Existiert im Wohnort der sich bewerbenden Person kein Ortsverband, wird die sich bewerbende Person Mitglied des Kreisverbands. Wird eine Aufnahme vom Kreisverband abgelehnt, hat der Vorstand dies schriftlich gegenüber der bewerbenden Person zu begründen. Gegen die Ablehnung eines Aufnahmeantrages kann von der bewerbenden Person bei der Kreismitgliederversammlung Einspruch eingelegt werden. Die Kreismitgliederversammlung entscheidet mit der Mehrheit der gültigen Stimmen. Die Ortsverbände entscheiden entsprechend ihren eigenen Satzungen.</p>	<p>(2) Über die Aufnahme entscheidet der jeweils örtlich zuständige Ortsverband, ersatzweise der Kreisverband, in diesem Fall muss ein Beschluss des Kreisvorstandes über die Aufnahme gefasst werden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Aufteilung des Absatzes, Auslagerung einzelner Regelungen in andere Absätze zur besseren Lesbarkeit
<p>(3) Die Mitgliedschaft beginnt mit der Aufnahme durch das zuständige Gremium. Sie endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod. Der Austritt ist gegenüber dem zuständigen Gebietsverband schriftlich zu erklären.</p>	<p>(3) Wird eine Aufnahme vom Kreisverband abgelehnt, hat der Vorstand dies schriftlich gegenüber der bewerbenden Person zu begründen. Gegen die Ablehnung eines Aufnahmeantrages kann von der bewerbenden Person bei der</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Urspr. Regelung nun unter (4) - Übernahme der Regelung zum abgelehnten Mitgliedsantrag aus der Mustersatzung des Landesverbandes

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
	<p>Kreismitgliederversammlung Einspruch eingelegt werden. Die Kreismitgliederversammlung entscheidet mit der Mehrheit der gültigen Stimmen. Die Ortsverbände entscheiden über die Aufnahme von Mitgliedern entsprechend ihrer eigenen Satzungen.</p>	
<p>(4) Ein Mitglied kann aus der Partei ausgeschlossen werden, wenn es vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnungen der Partei verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt. Über den Ausschluss oder entsprechende Ordnungsmaßnahmen entscheidet das Landesgericht auf Antrag. Antragsberechtigt sind alle Organe des Kreisverbandes. Das Nähere regelt die Landesschiedsgerichtsordnung.</p>	<p>(4) Die Mitgliedschaft beginnt mit der Aufnahme durch das zuständige Gremium. Sie endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod. Der Austritt ist gegenüber dem zuständigen Gebietsverband schriftlich zu erklären.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Übernahme der Regelung zum Tod/Austritt aus urspr. (3) - Neuregelung des Parteiausschlusses in (5)
<p>(5) Der Eintritt in eine andere im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland tätige konkurrierende Partei oder Wähler*innenvereinigung oder die Kandidatur bei einer konkurrierenden Liste oder der Aufruf zur Wahl einer konkurrierenden Liste oder der Eintritt eines Mandatsträgers, falls eine grüne Fraktion besteht, in eine andere Fraktion wird als erheblicher Verstoß gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei angesehen.</p>	<p>(5) Ein Mitglied kann aus der Partei ausgeschlossen werden, wenn es vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnungen der Partei verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt.</p> <p>a. Der Eintritt in eine andere im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland tätige konkurrierende Partei oder Wähler*innenvereinigung oder die Kandidatur bei einer konkurrierenden Liste oder der Aufruf zur Wahl einer konkurrierenden Liste oder der Eintritt eines Mandatsträgers, falls eine grüne Fraktion besteht, in eine andere Fraktion wird als erheblicher Verstoß gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei angesehen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Präzisierung des Verfahrens zum Parteiausschluss, stärkere Anlehnung an die Mustersatzung des Landesverbandes - Antragsberechtigung nur noch für Kreisvorstand und Kreismitgliederversammlung

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
	<p>b. Über einen Ausschluss entscheidet das zuständige Schiedsgericht nach der Maßgabe der Landesschiedsgerichtsordnung.</p> <p>c. Antragsberechtigt an das Landesschiedsgericht sind der Kreisvorstand und die Kreismitgliederversammlung.</p>	
<p>(6) Der Vorstand stellt durch Beschluss diesen Umstand fest, weist das Mitglied schriftlich darauf hin, dass dies einen Parteiausschlussgrund darstellt, und fordert es auf, dies zu unterlassen. Führt dies zu keinem Erfolg, so gilt dies nach Ablauf eines Monats nach Zustellung einer zweiten Mahnung als Austritt. Auf diese Folge muss in der zweiten Mahnung hingewiesen werden. Der Vorstand streicht das Mitglied aus der Mitgliederliste. Über einen Antrag des Kreisvorstandes auf Ausschluss an das gemäß § 10 Abs. 4 Parteiengesetz (PartG) nach der Schiedsgerichtsordnung zuständige Schiedsgericht kann nur die MV entscheiden. In dringenden und schwierigen Fällen, die sofortiges Eingreifen erfordern, kann nur nach einem entsprechenden Entschluss der MV der Kreisvorstand gemäß § 10 Abs. 5 PartG ein Mitglied von der Ausübung seiner Rechte bis zur Entscheidung des Schiedsgerichtes ausschließen. Dies gilt nur bei Mitgliedern, welche keinem Ortsverband angehören. Andernfalls entscheiden die jeweiligen Ortsverbände.</p>	<p>(6) Zahlt ein Mitglied länger als drei Monate nach vereinbarter Fälligkeit keinen Mitgliedsbeitrag, so gilt dies nach Ablauf eines Monats nach Zustellung der zweiten Mahnung als Austritt. Auf diese Folge muss in der zweiten Mahnung hingewiesen werden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Wegfall des urspr. (6) Zugunsten der Regelungen angelehnt an die Mustersatzung des Landesverbandes - Regelung des urspr. (7) nun unter (6), wörtliche Übernahme aus der Mustersatzung des Landesverbandes
<p>(7) Zahlt ein Mitglied länger als drei Monate nach vereinbarter Fälligkeit keinen Beitrag, so gilt dies nach Ablauf eines Monats nach Zustellung der zweiten</p>	<p>(7) Die Mitgliedschaft besteht grundsätzlich im Wohnort. Auf Antrag kann ein Ortsverband, ersatzweise der Kreisvorstand, auch ein Mitglied aufnehmen, das seinen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung des urspr. (7) nun unter (6)

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
Mahnung als Austritt. Auf diese Folge muss in der zweiten Mahnung hingewiesen werden.	Wohnsitz nicht im Tätigkeitsbereich der jeweiligen Gliederung hat.	- Übernahme der Regelung aus urspr. (2), Präzisierung der Regelung zur Aufnahme ortsfremder Personen
(8) Verlegt ein Mitglied seinen ständigen Wohnsitz außerhalb des bisher zuständigen Kreisverbandes, so wird bei Beantragung die Mitgliedschaft auf den für den neuen Wohnsitz zuständigen Gebietsverband übertragen. Einer erneuten Aufnahme als Mitglied bedarf es hierbei nicht. Ein Verbleib im Kreisverband kann auf Wunsch des Mitglieds durch den Kreisvorstand gewährt werden. Bei einem Ortswechsel ins Ausland bleibt die Mitgliedschaft im bisherigen Kreisverband bestehen, wenn am neuen Wohnsitz kein Orts- oder Kreisverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN existiert. Bei einem Umzug des Mitglieds, muss dieses über die möglichen Optionen der Mitgliedschaft informiert werden.	(8) Auf Antrag kann der Kreisverband Mitglieder auf Kreisverbandsebene aufnehmen, sollten diese nicht Mitglied in einem Ortsverband sein wollen.	- Kürzung der Formulierung aus (8) auf das nötige in der Kreisverbandssatzung - Sicherung der Aufnahme auf Kreisverbandsebene statt in einem Ortsverband
	(9) Bei einem Ortswechsel ins Ausland bleibt die Mitgliedschaft im bisherigen Kreisverband bestehen, wenn am neuen Wohnsitz kein Orts- oder Kreisverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN existiert.	- Übernahme aus urspr. (8)
§3 Rechte und Pflichten der Mitglieder	§3 Rechte und Pflichten der Mitglieder	
(1) Jedes Mitglied hat das Recht: a. an der politischen Willensbildung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der üblichen Weise, z. B. Aussprachen, Anträge, Abstimmungen und Wahlen, mitzuwirken; Alle Mitglieder haben das Recht, gleichberechtigt an der politischen Willensbildung des Kreisverbandes nach Maßgabe der Satzung	(1) Jedes Mitglied hat das Recht: a. an der politischen Willensbildung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der üblichen Weise, z. B. Aussprachen, Anträge, Abstimmungen und Wahlen, mitzuwirken; Alle Mitglieder haben das Recht, gleichberechtigt an der politischen Willensbildung	- Präzisierung/Kürzung von Formulierungen - Keine inhaltlichen Änderungen

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
<p>mitzuwirken und sich in Arbeitsgruppen eigenständig zu organisieren.</p> <p>b. an überörtlichen Delegiertenversammlungen als Gast teilzunehmen.</p> <p>c. Alle Mitglieder haben das Recht, sich aktiv und passiv an Wahlen für Parteiämter und bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten im Rahmen der Gesetze und der Satzungen für Wahlen zu Volksvertretungen zu beteiligen.</p> <p>d. Sich selbst im Rahmen der Gesetze und der Satzungen bei diesen Anlässen um eine Kandidatur zu bewerben.</p> <p>e. Darüber hinaus hat jedes Mitglied das Recht, Seminare und Veranstaltungen zu besuchen, die der politischen Weiterbildung dienen. Über die Übernahme der notwendigen Kosten entscheidet der geschäftsführende Kreisvorstand auf Antrag entsprechend der Erstattungsordnung.</p>	<p>des Kreisverbandes nach Maßgabe der Satzung mitzuwirken.</p> <p>b. an überörtlichen Delegiertenversammlungen als Gast teilzunehmen.</p> <p>c. sich aktiv und passiv an Wahlen für Parteiämter zu beteiligen.</p> <p>d. sich aktiv und passiv an der Aufstellung von Kandidat*innen für Wahlen zu beteiligen, soweit die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind.</p> <p>e. Darüber hinaus hat jedes Mitglied das Recht, Seminare und Veranstaltungen zu besuchen, die der politischen Weiterbildung dienen. Über die Übernahme der notwendigen Kosten entscheidet der geschäftsführende Kreisvorstand auf Antrag.</p>	
<p>(2) Jedes Mitglied hat die Pflicht:</p> <p>a. Den Grundkonsens von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und die satzungsgemäß gefassten Beschlüsse der Partei anzuerkennen.</p> <p>b. seinen Beitrag zu entrichten, näheres regelt die Finanzordnung.</p>	<p>(2) Jedes Mitglied hat die Pflicht:</p> <p>a. Den Grundkonsens von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und die satzungsgemäß gefassten Beschlüsse der Partei anzuerkennen.</p> <p>b. seinen Beitrag zu entrichten, näheres regelt die Finanzordnung.</p>	
<p>(3) Kreistagsmitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KV Recklinghausen leisten neben ihren satzungsgemäßen</p>	<p>(3) Kreistagsmitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KV Recklinghausen leisten neben ihren satzungsgemäßen</p>	

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
Mitgliedsbeiträgen Mandatsträger*innenbeiträge an den Kreisverband. Näheres regelt die Finanzordnung.	Mitgliedsbeiträgen Mandatsträger*innenbeiträge an den Kreisverband. Näheres regelt die Finanzordnung.	
	(4) Einschränkungen der Mitwirkungsrechte der Mitglieder können ausschließlich im Wege der Parteiordnungsmaßnahme bei Verstoß gegen satzungsmäßige Regelungen der Partei verhängt werden.	- Regelung zum Einsatz von Parteiordnungsmaßnahmen bei Verstoß gegen satzungsgemäße Verpflichtungen zur konkreten Regelung im Bedarfsfall
§4 Gliederung	§4 Gliederung	
(1) Bündnis 90/DIE Grünen Kreisverband Recklinghausen gliedert sich in Ortsverbände.	(1) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Recklinghausen gliedert sich in Ortsverbände.	- Korrigierte Schreibweise - Keine inhaltliche Änderung
(2) Die Gründung von Ortsverbänden kann in Absprache mit dem Kreisverband erfolgen, wenn mindestens drei Mitglieder vorhanden sind. Notwendige Organe der Ortsverbände sind die Ortsmitgliederversammlung und der Vorstand. Zusammenschlüsse von Ortsverbänden können mit Zustimmung des Kreisverbandes erfolgen. Ortsverbände geben sich eine Satzung, die dem Landesverband zur Prüfung vorzulegen ist, oder übernehmen die Kreissatzung.	(2) Die Gründung von Ortsverbänden erfolgt in Absprache mit dem Kreisverband, wenn mindestens drei Mitglieder vorhanden sind. Notwendige Organe der Ortsverbände sind die Ortsmitgliederversammlung und der Vorstand.	- Aufteilung in zwei Absätze zur besseren Lesbarkeit - Keine inhaltliche Änderung
	(3) Zusammenschlüsse von Ortsverbänden können nur mit Zustimmung des Kreisverbandes erfolgen. Ortsverbände geben sich eine Satzung, die dem Landesverband zur Prüfung vorzulegen ist, oder übernehmen die Satzung des Kreisverbandes.	
§5 Organe des Kreisverbandes	§5 Organe des Kreisverbandes	
Organe des Kreisverbandes sind die Kreismitgliederversammlung, die Kreisdelegiertenkonferenz	Organe des Kreisverbandes sind die Kreismitgliederversammlung, die Kreisdelegiertenkonferenz, die Ortsschatzmeister*innenkonferenz und der Kreisvorstand.	- Ergänzung der Ortsschatzmeister*innenkonferenz

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
und der Vorstand. Die Delegierten des Kreisverbandes sind grundsätzlich an Beschlüsse der Organe gebunden.	Die Delegierten des Kreisverbandes zu überörtlichen Delegiertenversammlungen sind grundsätzlich an Beschlüsse der Organe gebunden.	
§6 Kreismitgliederversammlung	§6 Kreismitgliederversammlung (KMV)	- Ergänzung der Abkürzung „(KMV)“
(1) Die Kreismitgliederversammlung ist das höchste beschlussfassende Organ. Beschlüsse der Kreismitgliederversammlung können nur durch eine Kreismitgliederversammlung oder durch eine Urabstimmung geändert werden.	(1) Die Kreismitgliederversammlung ist das höchste beschlussfassende Organ des Kreisverbandes. Beschlüsse der Kreismitgliederversammlung können nur durch eine Kreismitgliederversammlung oder durch eine Urabstimmung geändert werden.	
(2) Die Kreismitgliederversammlung beschließt den Haushalt, die Satzung und die ihr nachfolgenden Ordnungen. Sie wählt den Vorstand, mindestens zwei Rechnungsprüfer*innen, die Delegierten und die Kandidat*innen für die Teilnahme an Wahlen in geheimer Wahl.	(2) Die Kreismitgliederversammlung beschließt den Haushalt, die Satzung und die ihr nachfolgenden Ordnungen sowie inhaltliche Programme. Sie wählt den Vorstand, die Delegierten und die Kandidat*innen für die Teilnahme an Wahlen in geheimer Wahl. Zudem bestimmt sie die Rechnungsprüfer*innen.	- Ergänzung der Zuständigkeit für inhaltliche Programme (gemeint sind insb. Wahlprogramme)
(3) Vorstand, Delegierte und Rechnungsprüfer*innen werden für die Dauer von zwei Jahren gewählt, soweit dem keine übergeordneten Bestimmungen entgegenstehen. Die Amtszeit endet auch im Falle von Nachwahlen mit der Neuwahl.	(3) Vorstand, Delegierte und Rechnungsprüfer*innen werden für die Dauer von zwei Jahren gewählt, soweit dem keine übergeordneten Bestimmungen entgegenstehen. Die Amtszeit endet auch im Falle von Nachwahlen mit der Neuwahl. Ausnahmen bilden insbesondere die Delegierten zu Wahlparteitagen auf überörtlicher Ebene.	- Hervorhebung von Delegierten zu Wahlparteitagen als Ausnahmefall; diese müssen aufgrund rechtlicher Vorgaben meist separat gewählt werden
(4) Die Kreismitgliederversammlung nimmt den Rechenschaftsbericht des Vorstandes entgegen. Dessen finanzieller Teil ist durch die Rechnungsprüfer*innen zu prüfen. Das Ergebnis der Prüfung ist der Kreismitgliederversammlung vor der Beschlussfassung in schriftlicher Form vorzulegen und soll eine Empfehlung auf Entlastung bzw. Nichtentlastung des	(4) Die Kreismitgliederversammlung nimmt den Rechenschaftsbericht des Vorstandes entgegen. Dessen finanzieller Teil ist durch die Rechnungsprüfer*innen zu prüfen. Das Ergebnis der Prüfung ist der Kreismitgliederversammlung vor der Beschlussfassung in schriftlicher Form vorzulegen und soll eine Empfehlung auf Entlastung bzw. Nichtentlastung des	

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
Vorstandes beinhalten. Danach entscheidet die Kreismitgliederversammlung über die Entlastung des Vorstands.	Vorstandes beinhalten. Danach entscheidet die Kreismitgliederversammlung über die Entlastung des Vorstands.	
(5) Eine Kreismitgliederversammlung findet mindestens einmal im Kalenderjahr statt. Sie soll im ersten Quartal tagen. Sie wird vom Vorstand schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens 10 Tagen einberufen. Die Zustellung der Einladung und der Tagungsunterlagen kann auch per E-Mail erfolgen, sofern das einzelne Mitglied dem zugestimmt hat.	(5) Eine Kreismitgliederversammlung findet mindestens einmal im Kalenderjahr statt. Sie wird vom Vorstand schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens 10 Tagen einberufen. Die Zustellung der Einladung und der Tagungsunterlagen erfolgt per E-Mail, sofern nicht das einzelne Mitglied dem widersprochen hat.	<ul style="list-style-type: none"> - Verzicht auf Regelung, dass eine KMV im ersten Quartal des Jahres stattfinden muss - E-Mail Versand der Einladungen als Regelfall
(6) Eine Kreismitgliederversammlung muss vom Vorstand einberufen werden, wenn dies mindestens 10% der Mitglieder oder ein Organ unter Angabe der zur Beratung stehenden Gegenstände verlangen. Das Ersuchen ist schriftlich zu stellen.	(6) Die Kreismitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn zu ihr satzungsgemäß eingeladen wurde und mindestens 5% der Mitglieder anwesend sind. Es ist eine Anwesenheitsliste zu führen. Alle Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst, sofern keine andere Beschlussfassung vorgeschrieben ist.	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung der Beschlussfähigkeit in §6 statt in §11 - Herabsetzung der Beschlussfähigkeit von 10% auf 5% anwesender Mitglieder - Urspr. (6) nun unter (7) geregelt
(7) Sollte es die Situation erfordern, so kann eine Kreismitgliederversammlung mit verkürzter Einladungsfrist einberufen werden. Diese Dringlichkeit muss von der Kreismitgliederversammlung zu Beginn der Sitzung durch Beschluss festgestellt werden. Bei Kreismitgliederversammlungen mit verkürzter Einladungsfrist dürfen nur die in der Einladung genannten Tagesordnungspunkte behandelt werden; die Aufnahme weiterer Verhandlungsgegenstände ist damit in diesem Fall ausgeschlossen.	(7) Eine Kreismitgliederversammlung muss vom Vorstand einberufen werden, wenn dies mindestens 5% der Mitglieder, ein Organ oder zwei Ortsverbände unter Angabe der zur Beratung stehenden Gegenstände verlangen. Das Ersuchen ist schriftlich zu stellen.	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung des urspr. (6) - Herabsetzung der Hürde zur Einberufung einer KMV von 10% auf 5% der Mitglieder - Ergänzung der Ortsverbände als einberufungsberechtigt
	(8) Bei besonderer Dringlichkeit kann eine Kreismitgliederversammlung mit verkürzter Einladungsfrist einberufen werden. Die Dringlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung des urspr. (7) - Ergänzung der Begründungsbedürftigkeit der

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
	muss in der Einladung begründet und von der Kreismitgliederversammlung zu Beginn der Sitzung durch Beschluss festgestellt werden. Bei Kreismitgliederversammlungen mit verkürzter Einladungsfrist dürfen nur die in der Einladung genannten Tagesordnungspunkte behandelt werden; die Aufnahme weiterer Verhandlungsgegenstände ist damit in diesem Fall ausgeschlossen.	Dringlichkeit schon in der Einladung; ansonsten keine Änderungen
§7 Kreisdelegiertenkonferenz (KDK)	§7 Kreisdelegiertenkonferenz (KDK)	
(1) Die KDK ist oberstes Beschlussorgan des Kreisverbandes zwischen den Kreismitgliederversammlungen. Ihre Beschlüsse können nur durch die Kreismitgliederversammlung, die KDK oder durch Urabstimmung aufgehoben werden.	(1) Die Kreisdelegiertenkonferenz ist oberstes Beschlussorgan des Kreisverbandes zwischen den Kreismitgliederversammlungen. Ihre Beschlüsse können nur durch die Kreismitgliederversammlung, die KDK oder durch Urabstimmung aufgehoben werden.	<ul style="list-style-type: none"> - KDK ausgeschrieben - Keine inhaltliche Änderung
(2) Die KDK tagt nach Bedarf, jedoch mindestens zweimal jährlich.	(2) Die Kreisdelegiertenkonferenz wird auf Antrag von 20 Mitgliedern, einem Organ, zwei Ortsverbänden oder vom Kreisvorstand einberufen.	<ul style="list-style-type: none"> - Streichung der Regelung, dass eine KDK mindestens zweimal jährlich tagen muss - Regelung des urspr. (3) - Ergänzung der Organe als einberufungsberechtigt
(3) Die KDK wird auf Antrag von 20 Mitgliedern, zwei Ortsverbänden oder vom Kreisvorstand einberufen.	(3) Die Kreisdelegiertenkonferenz wird vom Kreisvorstand schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens 10 Tagen einberufen. Die Zustellung der Einladung und der Tagungsunterlagen erfolgt per E-Mail, sofern nicht das einzelne Mitglied dem widersprochen hat.	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung des urspr. (3) unter (2) - Regelung des urspr. (4) unter (3) - E-Mail Versand der Einladungen als Regelfall
(4) Die KDK wird vom Vorstand schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens 10 Tagen einberufen. Die Zustellung der Einladung und der	(4) Bei besonderer Dringlichkeit kann die Einladungsfrist verkürzt werden.	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung des urspr. (4) unter (3) - Regelung des urspr. (5) unter (4)

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
<p>Tagungsunterlagen kann auch per E-Mail erfolgen, sofern das einzelne Mitglied dem zugestimmt hat.</p>		<ul style="list-style-type: none"> - Keine inhaltliche Änderung
<p>(5) Bei besonderer Dringlichkeit kann die Einladungsfrist verkürzt werden.</p>	<p>(5) Die Kreisdelegiertenkonferenz ist bei Anwesenheit von mindestens 50% der stimmberechtigten Delegierten beschlussfähig.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung des urspr. (5) unter (4) - Regelung des urspr. (6) unter (5) - Anhebung der Beschlussfähigkeit von 20% auf 50% der stimmberechtigten Delegierten
<p>(6) Die KDK ist bei Anwesenheit von mindestens 20 % der stimmberechtigten Delegierten beschlussfähig.</p>	<p>(6) Ist die Kreisdelegiertenkonferenz nicht beschlussfähig, so kann sie innerhalb von zwei Wochen schriftlich neu einberufen werden. Diese Sitzung ist unabhängig von der Zahl der anwesenden Stimmberechtigten Delegierten beschlussfähig. Darauf ist in der Einladung zu dieser Sitzung hinzuweisen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung des urspr. (6) unter (5) - Regelung des urspr. (7) unter (6) - Keine inhaltliche Änderung
<p>(7) Ist die Kreisdelegiertenkonferenz nicht beschlussfähig, so kann die Kreisdelegiertenversammlung innerhalb von zwei Wochen schriftlich neu einberufen werden. Diese Sitzung ist unabhängig von der Zahl der anwesenden Stimmberechtigten Delegierten beschlussfähig. Darauf ist in der Einladung zu dieser Sitzung hinzuweisen.</p>	<p>(7) Die Kreisdelegiertenversammlung besteht aus</p> <ol style="list-style-type: none"> den von den Ortsverbänden entsandten Delegierten. Die Delegierten werden auf den Mitgliederversammlungen der Ortsverbände nach dem dort üblichen Wahlverfahren gewählt. allen Mitgliedern des Kreisvorstandes. 	<ul style="list-style-type: none"> - Regelungen des urspr. (7) unter (6) - Zusammenfassung der Zusammensetzung der stimmberechtigten Mitglieder der KDK unter (7)
<p>(8) Die KDK setzt sich aus den durch die Ortsverbände entsandten Delegierten zusammen. Die Delegierten werden auf Ortsmitgliederversammlungen nach dem dort üblichen Wahlverfahren gewählt.</p>	<p>(8) Die Zahl der Delegierten der Ortsverbände richtet sich nach den Mitgliederzahlen der Ortsverbände.</p> <ol style="list-style-type: none"> Die Ortsverbände entsenden grundsätzlich 30 Delegierte in die Kreisdelegiertenkonferenz. Die Zahl der Delegierten der Ortsverbände wird jährlich neu berechnet. Stichtag zur Berechnung der Zahl der Delegierten für ein Jahr ist der 31. Dezember des Vorjahres. Die Berechnung ist zudem 	<ul style="list-style-type: none"> - Neuregelung des Verfahrens zur Berechnung der Delegierten der KDK - Nutzung des Hare-Niemeyer-Verfahrens um Rundungsfehler zu unterbinden - Beibehaltung der „Grundmandatsregel“ derzufolge jeder OV mindestens zwei Sitze hat. Die „zusätzlichen“ Sitze im Rahmen

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
	<p>bei Änderung des Berechnungsverfahrens einmalig unterjährig durchzuführen und gilt im Sinne des § 15 III 2 nach dem Ende der beschlussfassenden Versammlung.</p> <p>c. Die Zahl der Delegierten der Ortsverbände wird nach dem Hare-Niemeyer Berechnungsverfahren auf Grundlage der Mitgliederzahlen zum Stichtag berechnet.</p> <p>d. Erhält ein Ortsverband von den 30 zu vergebenen Mitgliedern aufgrund der Verteilung nach Hare-Niemeyer nur eine*n Delegierte*n, so wird diesem Ortsverband zusätzlich zu den 30 regulären Delegierten ein*e zweite*r Delegierte*r zugeteilt.</p> <p>e. Ortsverbände können so viele Ersatzdelegierte wählen, wie Ihnen im vorgenannten Verfahren Delegierte ermittelt wurden.</p>	<p>der „Grundmandatsregel“ werden zusätzlich zu den 30 ordentlichen Delegierten der Ortsverbände gezählt</p>
<p>(9) Zur Ermittlung der Delegierten pro Ortsverband gilt folgendes Verfahren: Die Zahl der zum Stichtag dem Kreisvorstand gemeldeten und dem Kreis zugehörigen Mitglieder des Ortsverbandes wird mit 30 multipliziert. Das Ergebnis wird durch die Zahl der Mitglieder aller der zum kreiszugehörigen Ortsverbände dividiert, wobei das Ergebnis aufgerundet wird, wenn die erste Zahl hinter dem Komma eine Fünf oder eine größere Zahl ist. Bei einer Zahl kleiner als Fünf wird abgerundet. Diese Zahl ist die jeweilige Delegiertenzahl. Stichtag zur Feststellung der Mitgliederzahl ist die Mitte des vorletzten Quartals vor der Einladung. Jeder Ortsverband hat – unabhängig vom vorgenannten Verfahren –</p>	<p>(9) Die Kreisdelegierten werden für zwei Jahre gewählt und sind dem Kreisvorstand nach erfolgreicher Wahl mit Wahldatum mitzuteilen. Sollte ein*e Delegierte*r die zwei Jahre überschreiten, geht automatisch das Stimmrecht als Delegierte*r verloren. Ein*e Delegierte*r ist erst offiziell stimmberechtigt, wenn es dem Kreisvorstand gemeldet wurde.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Regelungen des urspr. (9) unter (8) - Regelung des urspr. (10) unter (9) - Keine inhaltliche Änderung

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
<p>mindestens 2 Mandate. Jeder Ortsverband kann die gleiche Anzahl von Ersatzdelegierten nennen, wie für ihn Delegierte ermittelt worden sind. Jede*r Ersatzdelegierte kann jede*n Delegierte*n des Ortsverbandes vertreten.</p>		
<p>(10) Die Kreisdelegierten werden für zwei Jahre gewählt und sind dem Kreisvorstand nach erfolgreicher Wahl, mit Wahldatum mitzuteilen. Sollte eine delegierte Person die zwei Jahre überschreiten, geht automatisch das Stimmrecht als Delegierte*r verloren. Eine delegierte Person ist erst offiziell stimmberechtigt, wenn es dem Kreisvorstand gemeldet wurde.</p>	<p>(10) Die Kreisdelegiertenversammlung</p> <ol style="list-style-type: none"> beschließt die Richtlinien für die politische Arbeit des Kreisverbandes zwischen den Kreismitgliederversammlungen und kann über Antrag an Bundes- und Landesdelegiertenversammlungen sowie Aktionen und Maßnahmen auf Kreisebene beschließen. bereitet Bundes- und Landesdelegiertenkonferenzen sowie die dort zur Abstimmung stehenden Inhalte vor. Hierzu sind die Delegierten zu den entsprechenden Konferenzen beratend hinzuzuziehen und im Anschluss über die Ergebnisse der Kreisdelegiertenkonferenz zu informieren. entscheidet über finanzpolitische Beschlüsse, die nicht vom Vorstand allein getroffen werden können, aber auch nicht der Kreismitgliederversammlung oder der Ortsschatzmeister*innenkonferenz vorbehalten sind. Näheres bestimmt die Finanzordnung. 	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung des urspr. (10) unter (9) - Zusammenfassung der Zuständigkeiten aus den urspr. (12) und (13) - Anlehnung an die Mustersatzung des Landesverbandes - Präzisierung der Zuständigkeit zur Beratung von Landes- und Bundesdelegiertenkonferenzen - Ergänzung der Hinzuziehung der entsprechenden Delegierten zu o.g. Beratungen
<p>(11) Stimmberechtigte Mitglieder der KDK sind ferner die Mitglieder des Kreisvorstandes (inklusive Beisitzende).</p>		<ul style="list-style-type: none"> - Streichung; Übernahme in (7) b.

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
(12) Die KDK kann beschließen über politische Resolutionen, über Anträge an Bundes- und Landesversammlungen und über Aktionen und Maßnahmen auf Kreisebene.		- Streichung; Übernahme in (10) a. und b.
(13) Die Aufgaben der KDK bestehen insbesondere in der Vorbereitung von Bundes- und Landesdelegiertenversammlungen, in der Kontakthaltung zur Kreistagsfraktion und für haushalts-, und finanzpolitische Beschlüsse, die nicht vom Vorstand allein gefasst werden können. Diese Abgrenzung – insbesondere auch hinsichtlich der Höhe von Investitionen und Ausgaben – wird in der Kreisfinanzordnung geregelt.		- Streichung; Übernahme in (10) b. und c.
§8 Der Kreisvorstand	§8 Kreisvorstand	- Streichung des Artikels „der“ zur Vereinheitlichung
(1) Der Vorstand besteht aus zwei gleichberechtigten Sprecher*innen, darunter mindestens eine Finta Person, der*dem Kassierer*in und bis zu sechs Beisitzer*innen. Bei einer offiziell eingetragenen und gemeldeten Kreisjugend Recklinghausen, muss ein Platz im Vorstand mit einem Mitglied der GJ Kreis Recklinghausen besetzt werden. Ist dies nicht der Fall, entscheiden die wahlberechtigten Mitglieder der GJ, über das weitere Verfahren. Sprecher*innen und Kassierer*in vertreten den Kreisverband im Sinne des S 26 Abs. 2 BGB (Geschäftsführender Vorstand). Die Mitglieder des Kreisvorstandes sollen möglichst gebietsorientiert die Ortsverbände abdecken.	(1) Der Kreisvorstand besteht aus a. zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, darunter mindestens eine FINTA*-Person (Frauen, Inter-, Nonbinär-, Trans-, Agender-Personen) b. der*dem Schatzmeister*in c. bis zu sechs Beisitzer*innen	- Aufteilung des Absatzes zur besseren Lesbarkeit - Übernahme des GRÜNE JUGEND Vorstandssitzes in (3) - Übernahme der Vertretungsregelungen des §26 II BGB in (2) - Umbenennung „Sprecher*innen“ in „Vorsitzende“; Anpassung an Bundes- und Landesebene - Entfall der „Soll“-Bestimmung zur möglichst vollständigen Abdeckung der Ortsverbände - Bezeichnung „Schatzmeister*in“ als Anpassung an Landes- und Bundesebene

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
(2) Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die in einem finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zum Kreisverband stehen, können kein Vorstandsamt bekleiden.	(2) Die beiden Vorsitzenden sind für die politische Außerdarstellung des Kreisverbandes verantwortlich. Gemeinsam mit dem*der Schatzmeister*in bilden sie den geschäftsführenden Vorstand und vertreten den Kreisverband im Sinne des § 26 II BGB.	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung des urspr. (2) in (4) - Übernahme aus dem urspr. (1)
(3) Jedes Vorstandsmitglied ist einzeln und der Vorstand insgesamt von der Kreismitgliederversammlung mit absoluter Mehrheit abwählbar. Das Ersuchen kann nicht Gegenstand einer Dringlichkeitsentscheidung sein, ist schriftlich zu stellen und in der Einladung zur Kreismitgliederversammlung aufzuführen.	(3) Besteht ein offiziell anerkannter Kreisverband der GRÜNEN JUGEND, so hat eine*r der Beisitzer*innen Mitglied der GRÜNEN JUGEND zu sein.	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung des urspr. (3) unter (7) - Übernahme aus dem urspr. (1)
(4) Nachwahlen zum Vorstand sind durchzuführen, wenn die Mindestzahl von drei Mitgliedern unterschritten wird bzw. ein*e Sprecher*in oder Kassierer*in ihr Amt nicht mehr wahrnimmt.	(4) Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die in einem finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zum Kreisverband stehen, können kein Vorstandsamt bekleiden.	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung des urspr. (4) in (8) - Übernahme des urspr. (2)
(5) Der Vorstand führt die Geschäfte des Kreisverbandes nach Gesetz und Satzung sowie den Beschlüssen der ihm übergeordneten Organe.	(5) Der Kreisvorstand wird von der Kreismitgliederversammlung in geheimer Wahl und für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Eine Verlängerung der Amtszeit ist in begründeten Fällen für maximal drei Monate möglich und bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln durch eine Kreismitgliederversammlung.	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung des urspr. (5) in (9) - Übernahme von Regelungen zur Wahl sowie begrenzten Verlängerung der Amtszeit aus der Mustersatzung des Landesverbandes
	(6) Die Wiederwahl ist möglich.	<ul style="list-style-type: none"> - Ergänzung - Angleichung an die Mustersatzung des Landesverbandes
	(7) Jedes Vorstandsmitglied ist einzeln und der Vorstand insgesamt von der Kreismitgliederversammlung mit absoluter Mehrheit abwählbar. Das Ersuchen kann nicht Gegenstand einer Dringlichkeitsentscheidung sein, ist	<ul style="list-style-type: none"> - Übernahme des urspr. (3) - Keine inhaltliche Änderung

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
	schriftlich zu stellen und in der Einladung zur Kreismitgliederversammlung aufzuführen.	
	(8) Nachwahlen zum Kreisvorstand sind durchzuführen, wenn die Mitgliederzahl des Vorstandes von fünf Mitgliedern unterschritten wird oder ein*e Vorsitzende*r oder der*die Schatzmeister*in das Amt nicht mehr wahrnimmt.	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung des urspr. (4) in (8) - Erhöhung der Schwelle zur Nachwahl auf fünf verbliebene Vorstandsmitglieder
	(9) Der Kreisvorstand führt die Geschäfte des Kreisverbandes nach Gesetz und Satzung sowie den Beschlüssen der ihm übergeordneten Organe. Der Kreisvorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben.	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung des urspr. (5) in (9) - Ergänzung der Möglichkeit einer Geschäftsordnung, Anpassung an die Mustersatzung des Landesverbandes
	(10) Die Beschlussfähigkeit des Kreisvorstandes wird durch die Geschäftsordnung des Kreisvorstandes geregelt. Hat der Kreisvorstand davon abgesehen, sich eine Geschäftsordnung zu geben, ist er beschlussfähig, sofern 50% seiner Mitglieder anwesend sind.	<ul style="list-style-type: none"> - Ergänzung einer Regelung zur Beschlussfähigkeit des Vorstandes
§9 Vielfaltspolitische*r Sprecher*in	§9 Vielfaltspolitische*r Sprecher*in	
(1) Auf der Kreismitgliederversammlung wird ein*e vielfaltspolitische*r Sprecher*in nach den gleichen Regelungen wie der Kreisvorstand gewählt.	(1) Die Kreismitgliederversammlung kann eine*n vielfaltspolitische*n Sprecher*in für die Dauer von zwei Jahren wählen.	<ul style="list-style-type: none"> - Anpassung der Wahl des*der vielfaltspolitischen Sprecher*in als „Kann“-Regelung
(2) Die*der vielfaltspolitische Sprecher*in hat die Aufgabe, gemeinsam mit dem Kreisvorstand Maßnahmen zu entwickeln, die zur angestrebten gleichberechtigten Teilhabe und der Repräsentanz von diskriminierten Gruppen und Menschen innerhalb von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und in der Gesellschaft beitragen.	(2) Der*die vielfaltspolitische Sprecher*in hat die Aufgabe, gemeinsam mit dem Kreisvorstand Maßnahmen zu entwickeln, die zur angestrebten gleichberechtigten Teilhabe und der Repräsentanz von diskriminierten und marginalisierten Gruppen und Menschen innerhalb von	<ul style="list-style-type: none"> - Einheitliches gendern innerhalb der Satzung - Ergänzung marginalisierter Gruppen

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und in der Gesellschaft beitragen.	
(3) Die vielfaltspolitische Sprecher*in hat das Recht Anträge in den Kreisvorstand, die Kreisdelegiertenkonferenz und die Kreismitgliederversammlung einzubringen. Dieses Antragsrecht dient dazu, sicherzustellen, dass vielfaltspolitische Themen angemessen in der Partei integriert und diskutiert werden.	(3) Der*die vielfaltspolitische Sprecher*in hat das Recht, Anträge in den Kreisvorstand, die Kreisdelegiertenkonferenz und die Kreismitgliederversammlung einzubringen. Dieses Antragsrecht dient dazu, sicherzustellen, dass vielfaltspolitische Themen angemessen in der Partei integriert und diskutiert werden.	<ul style="list-style-type: none"> - Einheitliches gendern innerhalb der Satzung - Keine inhaltliche Änderung
(4) Die*der vielfaltspolitische Sprecher*in soll die Ortsverbände beraten.	(4) Der*die vielfaltspolitische Sprecher*in soll die Ortsverbände beraten.	<ul style="list-style-type: none"> - Einheitliches gendern innerhalb der Satzung - Keine inhaltliche Änderung
(5) Gemeinsam mit der zuständigen Person aus der Landesgeschäftsstelle ist sie*er Anlaufstelle für den Informationsaustausch, für die Zusammenarbeit und für die Vernetzung auf Kreisebene.	(5) Gemeinsam mit der zuständigen Person aus der Landesgeschäftsstelle ist er*sie Anlaufstelle für den Informationsaustausch, für die Zusammenarbeit und für die Vernetzung auf Kreisebene.	<ul style="list-style-type: none"> - Einheitliches gendern innerhalb der Satzung - Keine inhaltliche Änderung
§10 Die Ortskassierer*innenkonferenz	§10 Ortsschatzmeister*innenkonferenz	<ul style="list-style-type: none"> - Umbenennung des Gremiums zur Angleichung an Amtsbezeichnung „Schatzmeister*in“
(1) Die Ortskassierer*innenkonferenz ist zuständig für alle haushalts- und finanzpolitischen Angelegenheiten des Kreisverbandes, soweit dies nicht anderen Organen vorbehalten ist.	(1) Die Ortsschatzmeister*innenkonferenz berät den Kreisverband in allen Finanzfragen; insbesondere ist sie zuständig für <ol style="list-style-type: none"> die Grundsätze der Finanzorganisation die Beratung der Verteilung der Mittel aus der Parteienfinanzierung zwischen Kreisverband und Ortsverbänden 	<ul style="list-style-type: none"> - Präzisierung und Auflistung der Zuständigkeiten der Ortsschatzmeister*innenkonferenz - Teilweise Übernahme aus urspr. (3)

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
	<ul style="list-style-type: none"> c. die Beratung von mittel- und langfristigen Finanzfragen des Kreisverbandes und seiner Ortsverbände d. die Festlegung von Modalitäten bei Abschlüssen und Rechenschaftsberichten, sowie allgemeinen Buchhalterischen Fragen 	
<p>(2) Stimmberechtigte Mitglieder der Ortskassierer*innenkonferenz sind die Ortskassierer*innen, die*der Kreisschatzmeister*n und die Vertreter*in der*des Kreisschatzmeisterin:s bei der Landesfinanzkonferenz.</p>	<p>(2) Stimmberechtigte Mitglieder der Ortsschatzmeister*innenkonferenz sind</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Ortsschatzmeister*innen sowie im Falle deren Verhinderung eines anderen Mitglieds aus dem jeweiligen Ortsverbandsvorstand b. der*die Kreisschatzmeister*in c. die (Ersatz-)Delegierten des Kreisverbandes zum Landesfinanzrat 	<ul style="list-style-type: none"> - Umformulierung der Zusammensetzung der Ortsschatzmeister*innenkonferenz zur besseren Lesbarkeit
<p>(3) Die Ortskassierer*innenkonferenz tagt mindestens einmal jährlich und wird einberufen von der*dem Kreiskassier*in oder drei Ortskassierer*innen. Die Einladung erfolgt mit einer Frist von 10 Tagen. Die Ortskassierer*innenkonferenz ist beschlussfähig, wenn mindestens 20 % der stimmberechtigten Mitglieder dieses Gremiums anwesend sind. Insbesondere werden der Ortskassierer*innenkonferenz folgende Aufgaben übertragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. Vorschlag für die Verteilung der Mittel aus der Parteienfinanzierung zwischen Kreisverband und Ortsverbänden. 	<p>(3) Die Ortsschatzmeister*innenkonferenz tagt mindestens einmal jährlich. Sie wird von dem*der Kreisschatzmeister*in einberufen. Die Ortsschatzmeister*innenkonferenz muss auf Antrag von zwei Ortsschatzmeister*innen einberufen werden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung der Zuständigkeiten aus a. und b. in (1) - Regelung zur Einberufung der Ortsschatzmeister*innenkonferenz

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
b. Festlegen von Modalitäten bei Abschlüssen, in der Buchhaltung, in der allgemeinen Organisation von Kreisverband und Ortsverbänden und in der Mitgliederverwaltung; hierbei sind das Parteiengesetz und die parteiinternen Vorschriften der vorgeordneten Gliederungen zu beachten.		
	(4) Die Einladung erfolgt mit einer Frist von 10 Tagen. Die Ortsschatzmeister*innenkonferenz ist beschlussfähig, wenn mindestens 50% der stimmberechtigten Mitglieder dieses Gremiums anwesend sind.	- Regelung zur Beschlussfähigkeit und Einladung
§11 Beschlussfähigkeit, Beschlussfassung und Öffentlichkeit	§11 Beschlussfassung und Öffentlichkeit	- Anpassung der Überschrift; Beschlussfähigkeiten künftig bei den jeweiligen Organen geregelt
(1) Die Kreismitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn zu ihr satzungsgemäß eingeladen wurde und mindestens 10 % der Mitglieder anwesend sind. Es ist eine Anwesenheitsliste zu führen. Alle Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst, sofern keine andere Beschlussfassung vorgeschrieben ist.	(1) Alle Organe des Kreisverbandes tagen grundsätzlich öffentlich. Durch Beschluss mit einfacher Mehrheit können die Öffentlichkeit bzw. einzelne Nichtmitglieder von der jeweiligen Sitzung ausgeschlossen werden.	- Regelung des urspr. (1) in §6 (6) bzw. §11 (4)
(2) Die Beschlussfähigkeit des Vorstandes wird durch die Geschäftsordnung des Kreisvorstandes geregelt.	(2) Alle Organe tagen in jedem Fall parteiöffentlich. Ausnahmen, die zu einer nicht-öffentlichen Sitzung führen, sind nur zulässig a. zur Wahrung von Persönlichkeitsrechten, insbesondere bei Personalangelegenheiten. b. bei vertraulichen Verhandlungen, bspw. zum Zwecke der Bildung einer Koalition.	- Regelung des urspr. (1) in §8 (10) - Regelung zur Ausnahme von der Parteiöffentlichkeit

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
(3) Alle Organe des Kreisverbandes tagen in der Regel öffentlich. Durch Beschluss mit einfacher Mehrheit können die Öffentlichkeit bzw. einzelne Nichtmitglieder ausgeschlossen werden. Sie tagen jedoch in jedem Fall parteiöffentlich. Personalangelegenheiten sind nicht öffentlich, auch nicht parteiöffentlich zu behandeln.	(3) Beschlüsse der Organe und Wahlergebnisse sind durch Protokolle zu beurkunden. Das Protokoll bedarf der Genehmigung durch das entsprechende Organ.	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung des urspr. (3) in (1) und (2) - Regelung des urspr. (4) in (3)
(4) Beschlüsse der Organe und Wahlergebnisse sind durch Protokolle zu beurkunden. Das Protokoll bedarf der Genehmigung durch das entsprechende Organ.	(4) Beschlüsse werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Personen gefasst, sofern diese Satzung nichts anderes vorschreibt.	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung des urspr. (4) in (3) - Regelung zu Abstimmungsmehrheiten, Übernahme aus urspr. (1)
§12 Mindestparität	§12 Mindestparität/Frauenstatut	<ul style="list-style-type: none"> - Zusammenlegung der urspr. §12 und §19 aufgrund inhaltlichen Zusammenhangs
(1) Alle auf Kreisverbandsebene zu wählenden Delegierten, Gremien und Organe sind mindestens zur Hälfte mit FINTA* durch Wahl zu besetzen. Zu FINTA* gehören Frauen, inter Menschen, nichtbinäre Menschen, trans Menschen und agender Menschen.	(1) Alle auf Kreisverbandsebene zu wählenden Delegierten, Gremien und Organe sind mindestens zur Hälfte mit FINTA*-Personen (Frauen, Inter-, Nonbinär-, Trans-, Agender-Personen) zu besetzen.	<ul style="list-style-type: none"> - Anpassung der Formulierung zur einfacheren Lesbarkeit - Keine inhaltliche Änderung
(2) Sollte keine FINTA* für einen FINTA* zustehenden Platz kandidieren bzw. gewählt werden, so entscheiden die anwesenden FINTA* über das weitere Verfahren.	(2) Sollte keine FINTA* für einen FINTA* zustehenden Platz kandidieren bzw. gewählt werden, so gelten die Regelungen des Frauenstatuts des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen analog.	<ul style="list-style-type: none"> - Verweis auf das Frauenstatut NRW zur Regelung des Falles, dass ein quotierter Platz nicht ordnungsgemäß besetzt werden kann
(3) Entscheidung bedarf der Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Finta* Mitglieder (Finta*votum).	(3) In allen Organen und Gliederungen des Kreisverbandes wird bei Fragen, die das Selbstbestimmungsrecht der Frauen besonders berühren oder von denen Frauen besonders betroffen sind, auf Antrag unter den Frauen abgestimmt, ob vor der Abstimmung der Versammlung eine gesonderte Abstimmung unter den Frauen stattfinden soll. Sollten die Abstimmungen der Frauen-	<ul style="list-style-type: none"> - Urspr. (3) durch den Verweis auf das Frauenstatut NRW abgedeckt - Übernahme des urspr. §19 (2)

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
	und der Mitgliederversammlung voneinander abweichen, haben die Frauen ein Vetorecht mit aufschiebender Wirkung. Die zur Abstimmung stehenden Fragen werden auf die nächste Sitzung des jeweiligen Gremiums verwiesen.	
§13 Datenschutz	§13 Datenschutz	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führen eine Mitgliederdatei auf EDV-Grundlage. Die Mitglieder haben das Recht auf Schutz ihrer Daten. Personenbezogene Mitgliederdaten dürfen nur vom Vorstand und von mit der Datenpflege Beauftragte und nur zu satzungsgemäßen Zwecken verwendet werden. Die Veröffentlichung personenbezogener Daten bedarf der Zustimmung des jeweiligen Mitglieds, sofern keine gesetzliche Grundlage existiert. Der Missbrauch von Daten ist parteischädigendes Verhalten im Sinne des Parteiengesetzes.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führen eine Mitgliederdatei auf EDV-Grundlage. Die Mitglieder haben das Recht auf Schutz ihrer Daten. Personenbezogene Mitgliederdaten dürfen nur vom Vorstand und von mit der Datenpflege Beauftragte und nur zu satzungsgemäßen Zwecken verwendet werden. Die Veröffentlichung personenbezogener Daten bedarf der Zustimmung des jeweiligen Mitglieds, sofern keine gesetzliche Grundlage existiert. Der Missbrauch von Daten ist parteischädigendes Verhalten im Sinne des Parteiengesetzes.	
§14 Rechnungsprüfung	§14 Rechnungsprüfung	
(1) Rechnungsprüfer*in kann nicht sein, wer im zu prüfenden Zeitraum ein Vorstandsamt im Kreisverband bekleidet hat oder an der Erstellung des Rechenschaftsberichtes beteiligt war.	(1) Rechnungsprüfer*in kann nicht sein, wer im zu prüfenden Zeitraum ein Vorstandsamt im Kreisverband bekleidet hat oder an der Erstellung des Rechenschaftsberichtes beteiligt war.	
(2) Eine Rechnungsprüfung hat im Vorfeld der Entlastung des Vorstandes zu erfolgen. Die Rechnungsprüfer*innen sind auch unangemeldet jederzeit berechtigt zu prüfen, insbesondere auf Einhaltung gesetzlicher und satzungsmäßiger Bestimmungen. Die Rechnungsprüfer*innen entscheiden über Umfang und zu prüfende Sachverhalte. Rechnungsprüfer*innen sind	(2) Eine Rechnungsprüfung hat im Vorfeld der Entlastung des Vorstandes zu erfolgen. Die Rechnungsprüfer*innen sind auch unangemeldet jederzeit berechtigt zu prüfen, insbesondere auf Einhaltung gesetzlicher und satzungsmäßiger Bestimmungen. Die Rechnungsprüfer*innen entscheiden über Umfang und zu prüfende Sachverhalte. Rechnungsprüfer*innen sind	

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
berechtigt, die Rechenschaftsberichte von Untergliederungen oder Teilorganisationen zu prüfen.	berechtigt, die Rechenschaftsberichte von Untergliederungen oder Teilorganisationen zu prüfen.	
(3) Ergeben sich aus der Prüfung Fragen oder Unstimmigkeiten, so hat der Vorstand in angemessener Frist die erforderliche Aufklärung beizubringen.	(3) Ergeben sich aus der Prüfung Fragen oder Unstimmigkeiten, so hat der Vorstand in angemessener Frist die erforderliche Aufklärung beizubringen.	
(4) Das Ergebnis der Rechnungsprüfung ist der Kreismitgliederversammlung in schriftlicher Form mitzuteilen und dem Rechenschaftsbericht beizulegen.	(4) Das Ergebnis der Rechnungsprüfung ist der Kreismitgliederversammlung in schriftlicher Form mitzuteilen und dem Rechenschaftsbericht beizulegen.	
§15 Satzungsänderung	§15 Satzungsbestandteile und -änderung	- Präzisierung der Überschrift
(1) Über die Änderung dieser Satzung entscheidet die Kreismitgliederversammlung mit Zweidrittelmehrheit. Die zu ändernden Passagen sind in der Einladung zur Kreismitgliederversammlung aufzuführen. Satzungsänderungen können nicht Gegenstand einer Dringlichkeitsentscheidung sein.	(1) Teile dieser Satzung im Sinne des Parteiengesetzes sind <ul style="list-style-type: none"> a. die Finanzordnung des Kreisverbandes b. die Wahlordnung des Kreisverbandes 	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung des urspr. (1) in (2) - Ergänzung der Finanz- und Wahlordnung als Satzungsbestandteile; Anpassung an die Mustersatzung des Landesverbandes
(2) Die Änderung der Finanz- und Geschäftsordnung bedarf der Mehrheit der anwesenden Mitglieder einer Kreismitgliederversammlung. Die zu ändernden Passagen sind in der Einladung zur Kreismitgliederversammlung aufzuführen, Dringlichkeitsentscheidung sein. sie können nicht Gegenstand einer	(2) Über die Änderung dieser Satzung entscheidet die Kreismitgliederversammlung mit Zweidrittelmehrheit. Die zu ändernden Passagen sind in der Einladung zur Kreismitgliederversammlung aufzuführen. Satzungsänderungen können nicht Gegenstand einer Dringlichkeitsentscheidung sein.	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung des urspr. (2) in (3) - Regelung des urspr. (1) in (2)
(3) Die Änderungen sind an den Anfang jeder Tagesordnung zu stellen und treten mit ihrer ordnungsgemäßen Verabschiedung in Kraft.	(3) Die Änderung der Finanz- und Wahlordnung bedarf der Mehrheit der anwesenden Mitglieder einer Kreismitgliederversammlung. Die zu ändernden Passagen sind in der Einladung zur	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung des urspr. (3) in (4) - Regelung des urspr. (2) in (3) - Streichung des Verweises auf die „Geschäftsordnung“, da eine solche nicht existiert. Stattdessen Verweis auf Wahlordnung

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
	Kreismitgliederversammlung aufzuführen, sie können nicht Gegenstand einer Dringlichkeitsentscheidung sein.	
	(4) Die Änderungen sind an den Anfang jeder Tagesordnung zu stellen und treten mit ihrer ordnungsgemäßen Verabschiedung in Kraft. Dies gilt nicht für strukturverändernde Beschlüsse, diese treten erst nach Beendigung der beschlussfassenden Versammlung in Kraft.	<ul style="list-style-type: none"> - Regelung des urspr. (3) in (4) - Ergänzung, dass strukturverändernde Beschlüsse erst mit Ablauf der Versammlung in Kraft treten
§16 Mitarbeiter*innen	§16 Mitarbeiter*innen	
Bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann jede menschlich und beruflich geeignete Person mitarbeiten. Mitarbeiter*innen haben alle Mitwirkungsrechte, soweit diese nicht durch die gesetzlichen Bestimmungen oder diese Satzung ausschließlich Mitgliedern vorbehalten sind. Mitarbeiter*innen bedürfen keiner formalen Aufnahme.	(1) Bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann jede charakterlich und beruflich geeignete Person als Mitarbeiter*in eingestellt werden.	<ul style="list-style-type: none"> - Aufteilung in Absätze zur besseren Lesbarkeit - Anpassungen in der Formulierung
	(2) Mitarbeiter*innen haben Mitwirkungsrechte, soweit diese nicht durch die gesetzlichen Bestimmungen oder diese Satzung ausschließlich Mitgliedern vorbehalten sind.	
	(3) Über die Einstellung von Mitarbeiter*innen entscheidet der Kreisvorstand.	
§17 Grüne Jugend	§17 GRÜNE JUGEND	<ul style="list-style-type: none"> - Anpassung der Schreibweise in der Überschrift
(1) Die GRÜNE JUGEND KV Recklinghausen ist die politische Jugendorganisation des Kreisverbandes Recklinghausen. Sie ist als Vereinigung der Partei ein Zusammenschluss mit der Zielsetzung, sich in ihrem Wirkungskreis für den Grundkonsens der Partei einzusetzen sowie die besonderen Interessen der GRÜNEN JUGEND	(1) Die GRÜNE JUGEND Kreisverband Recklinghausen ist die politische Jugendorganisation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Recklinghausen. Sie ist als Vereinigung der Partei ein Zusammenschluss mit der Zielsetzung, sich in ihrem Wirkungskreis für den Grundkonsens der Partei einzusetzen sowie die	<ul style="list-style-type: none"> - Anpassung in der Formulierung - Keine inhaltliche Änderung

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
<p>Recklinghausen in den Organen des Kreisverbandes zu vertreten, um an der politischen Willensbildung mitzuwirken.</p>	<p>besonderen Interessen der GRÜNEN JUGEND in den Organen des Kreisverbandes zu vertreten, um an der politischen Willensbildung mitzuwirken.</p>	
<p>(2) Die Grüne Jugend KV Recklinghausen organisiert ihre Arbeit autonom. Sie hat Programm-, Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie. Satzung und Programm der GRÜNEN JUGEND Recklinghausen dürfen dem Grundkonsens der Partei nicht widersprechen; die Verwendung der finanziellen Mittel der GRÜNEN JUGEND Recklinghausen darf dem Parteiengesetz nicht widersprechen. Die GRÜNE JUGEND Recklinghausen ist mit ihrer Finanzführung dem Vorstand des Kreisverbands rechenschaftspflichtig.</p>	<p>(2) Die GRÜNE JUGEND Kreisverband Recklinghausen organisiert ihre Arbeit autonom. Sie hat Programm-, Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie. Satzung und Programm der GRÜNEN JUGEND Recklinghausen dürfen dem Grundkonsens der Partei nicht widersprechen; die Verwendung der finanziellen Mittel der GRÜNEN JUGEND Recklinghausen darf dem Parteiengesetz nicht widersprechen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Anpassung in der Formulierung - Ausgliederung der finanziellen Regelungen in (3)
	<p>(3) Für die GRÜNE JUGEND als Teilorganisation gelten die Rechnungslegungsvorschriften des Parteiengesetzes. Die GRÜNE JUGEND Kreisverband Recklinghausen hat einen solchen Rechenschaftsbericht zu erstellen, der im Rechenschaftsbericht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Recklinghausen auszuweisen ist. Alternativ können die Geschäftsvorfälle der GRÜNEN JUGEND Kreisverband Recklinghausen über die Konten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Recklinghausen abgewickelt und in deren Buchhaltung erfasst werden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Ausgliederung der finanziellen Regelungen aus (2) - Anpassung an die Mustersatzung des Landesverbandes
	<p>(4) Die GRÜNE JUGEND Kreisverband Recklinghausen hat das Recht, Anträge an den Kreisvorstand, die Kreismitgliederversammlung, die Kreisdelegiertenkonferenz und die Ortsschatzmeister*innenkonferenz zu stellen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Ergänzung von Mitwirkungsrechten für die GRÜNE JUGEND

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
	(5) Die Absätze (1) – (4) gelten unter der Voraussetzung, dass eine ordnungsgemäß gegründete und vom Landesverband GRÜNE JUGEND Nordrhein-Westfalen anerkannte GRÜNE JUGEND Kreisverband Recklinghausen existiert.	- Ergänzung Bedingung des Vorhandenseins einer ordnungsgemäß gegründeten und anerkannten GRÜNEN JUGEND Kreisverband Recklinghausen
§18 Arbeitskreise	§18 Arbeitsgemeinschaften	- Anpassung der Überschrift
Zu bestimmten inhaltlichen Themen können Arbeitskreise gebildet werden. Sie bedürfen der Anerkennung durch den Vorstand oder der Kreismitgliederversammlung. Ihre Öffentlichkeitsarbeit erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Vorstand.	(1) Die Arbeitsgemeinschaften des Kreisverbandes sind auf Grundlage grüner Politik der Ort inhaltlicher Arbeit und der Vernetzung zwischen den Ortsverbänden. Sie arbeiten in konkreten Politikfeldern von Bedeutung für den Kreis Recklinghausen an der Weiterentwicklung der Programmatik und geben Impulse für die Arbeit vor Ort.	- Aufteilung in Absätze zur besseren Regelung von Arbeitsgemeinschaften
	(2) Die Arbeitsgemeinschaften bestehen aus mindestens drei Personen aus mindestens zwei Ortsverbänden, wovon bis zu zwei Person(en) als Sprecher*innen fungieren. Sie müssen sich mindestens jährlich treffen.	- Regelung in Anlehnung an AG-Statut des Bezirksverbandes Ruhr
	(3) Die Arbeitsgemeinschaften bedürfen der Anerkennung durch den Vorstand.	- Regelung in Anlehnung an AG-Statut des Bezirksverbandes Ruhr
	(4) Die Arbeitsgemeinschaften berichten dem Vorstand und den Mitgliedern regelmäßig über ihre Arbeit, in der Regel auf Kreismitgliederversammlungen oder im Wege eines Newsletters per E-Mail.	- Regelung in Anlehnung an AG-Statut des Bezirksverbandes Ruhr
	(5) Die Öffentlichkeitsarbeit der Arbeitsgruppen erfolgt in Absprache mit dem Kreisvorstand.	- Übernahme aus Ursprungstext
§19 Frauenstatut		
(1) Alle gewählten Organe des Kreisverbandes sind mindestens zur Hälfte mit FINTA zu besetzen. Ebenso		- Überführung in §12

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
wird bei Delegiertenwahlen zu Landes- und Bundesorganen verfahren. Im Weiteren gelten die Frauenstatuten des Landes- und Bundesverbandes sinngemäß.		
(2) In allen Organen und Gliederungen des Kreisverbandes wird bei Fragen, die das Selbstbestimmungsrecht der Frauen besonders berühren oder von denen Frauen besonders betroffen sind, auf Antrag unter den Frauen abgestimmt, ob vor der Abstimmung der Versammlung eine gesonderte Abstimmung unter den Frauen stattfinden soll. Sollten die Abstimmungen der Frauen- und der Mitgliederversammlung voneinander abweichen, haben die Frauen ein Vetorecht mit aufschiebender Wirkung. Die zur Abstimmung stehenden Fragen werden auf die nächste Sitzung des jeweiligen Gremiums verwiesen.		- Überführung in §12
§20 Auflösung	§19 Auflösung	
(3) Über die Auflösung des Kreisverbandes entscheidet die Kreismitgliederversammlung mit Zweidrittelmehrheit. Dieser Beschlussvorschlag kann nicht Gegenstand einer Dringlichkeitsentscheidung sein, sondern ist nur bei eingehaltener Einladungsfrist möglich. Der Beschluss der Kreismitgliederversammlung über die Auflösung bedarf der Bestätigung durch die Mehrheit der abgegebenen Stimmen in einer Urabstimmung aller Mitglieder des Kreisverbandes.	(1) Über die Auflösung des Kreisverbandes entscheidet die Kreismitgliederversammlung mit Zweidrittelmehrheit. Dieser Beschlussvorschlag kann nicht Gegenstand einer Dringlichkeitsentscheidung sein, sondern ist nur bei eingehaltener Einladungsfrist möglich. Der Beschluss der Kreismitgliederversammlung über die Auflösung bedarf der Bestätigung durch die Mehrheit der abgegebenen Stimmen in einer Urabstimmung aller Mitglieder des Kreisverbandes.	

Satzung Aktuell (Stand 23.02.2024)	Satzung Entwurf (Stand 24.02.2026)	Anmerkungen
(2) Das Vermögen des Kreisverbandes fällt bei Auflösung an den Landesverband NRW, der das Vermögen treuhänderisch verwaltet.	(2) Das Vermögen des Kreisverbandes fällt bei Auflösung an den Landesverband NRW, der das Vermögen treuhänderisch verwaltet.	
	Diese Satzung tritt mit Beschluss der Kreismitgliederversammlung vom xx.xx.xxxx in Kraft	- Ergänzung des Inkrafttretens